

Analyse der Einnahmeverluste für die Sozialversicherung
durch die reduzierten Beiträge auf Studenten- und Flexijobs

Ziel dieser Analyse ist es, den Einkommensverlust für die Sozialversicherung zu berechnen, der durch die reduzierten Beiträge auf Flexijobs und Studentenjobs entsteht.

Sowohl für die Studentenarbeit wie für die Flexijobs gelten ermäßigte Sozialversicherungsbeiträge. Die persönlichen Sozialversicherungsbeiträge betragen für Studentenjobs 2,71 % (gegenüber 13,07 % für die übrigen Arbeitnehmer) und die Sozialbeiträge der Arbeitgeber betragen 5,2 % (gegenüber 24,92 % für die übrigen Arbeitnehmer). Für die Flexijobs sind keine persönlichen Sozialversicherungsbeiträge zu entrichten, aber es gibt einen Arbeitgebersozialbeitrag, der im Jahr 2024 auf 28 % angehoben wurde.

Um den Einnahmeverlust zu ermitteln, müssen die Sätze der normalen Arbeitnehmer (normale oder befristete Verträge) auf die Lohnmasse der Studenten- und Flexijobs angewendet werden.

Tabelle 1: Einnahmeverluste aufgrund der reduzierten Beiträge auf Studentenjobs

<i>In Millionen €</i>	Lohnmasse Studentenarbeit	Gezahlte Arbeitgeberbeiträge (5,2 %)	Normale Arbeitgeberbeiträge (24,92 %)	Einnahmeverlust Arbeitgeberbeiträge	Gezahlte Eigenbeiträge (2,71 %)	Normale Eigenbeiträge (13,07 %)	Einnahmeverlust Eigenbeiträge	Totaler Einnahmeverlust
2017	1044	57	260	204	28	128	100	304
2018	1165	63	290	227	31	142	112	339
2019	1261	68	314	246	33	154	121	367
2020	1194	65	297	233	31	146	114	347
2021	1500	81	374	293	40	183	144	436
2022	1737	94	433	339	46	212	166	505
2023	2003	109	499	391	53	245	192	582
2024	2069	112	516	404	55	239	185	588

Im Jahr 2024 beläuft sich die Lohnmasse für Studentenarbeit auf 2069 Millionen Euro und damit auf das Doppelte von 2017. Die Arbeitgeber zahlen dank der ermäßigten Sätze 112 Mio. € an Arbeitgeberbeiträgen (statt 516 Mio. €, wenn der Normalsatz fällig wäre), was einem Verlust von 404 Mio. € entspricht. Die Studierenden zahlen 55 Mio. € an Eigenanteilen (statt 239 Mio. € bei Fälligkeit des Normalsatzes), d.h. ein zusätzlicher Verlust von 185 Mio. €.

Tabelle 2 : Einnahmeverluste aufgrund der reduzierten Beiträge auf Flexijobs

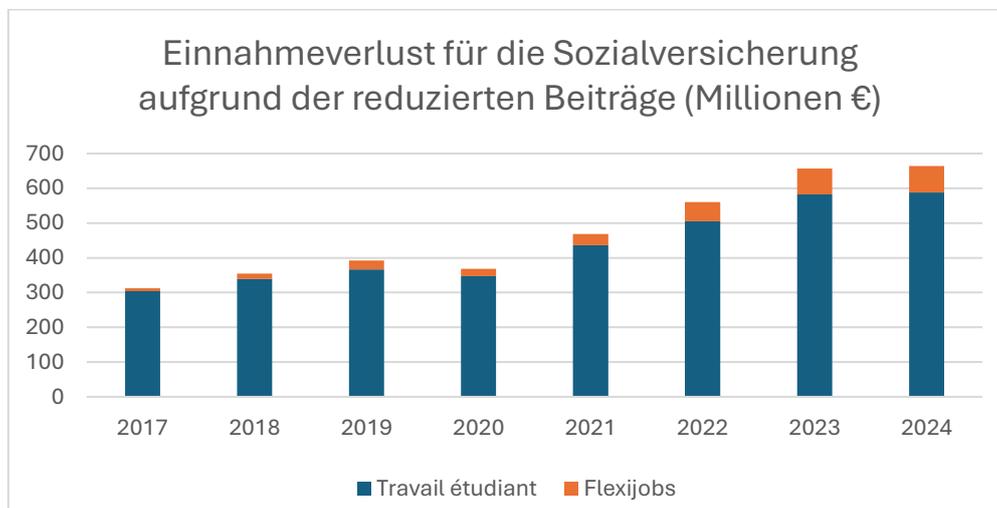
In Millionen €	Lohnmasse	Gezahlte Arbeitgeberbeiträge (25 % bis 2023: 28 % ab 2024)	Traditionelle Arbeitgeberbeiträge (24,92 %)	Einnahmeverlust aufgrund der Arbeitgeberbeiträge	Gezahlte Eigenbeiträge (0 %)	Klassische Eigenbeiträge (13,07 %)	Einnahmeverlust, persönliche Beiträge	Totaler Einnahmeverlust
2017	65	16	16	-0,1	0	9	9	8
2018	122	31	31	-0,1	0	16	16	16
2019	196	49	49	-0,2	0	26	26	25
2020	163	41	41	-0,1	0	21	21	21
2021	251	63	63	-0,2	0	33	33	33
2022	423	106	105	-0,3	0	55	55	55
2023	570	142	142	-0,5	0	74	74	74
2024	710	153	136	-17	0	93	93	76

Die Berechnung unterscheidet sich geringfügig von der für Studierende, denn bei den Flexijobs sind die gezahlten Arbeitgeberbeiträge (25 % bis 2023 und dann 28 %) höher als der normale Satz (24,92 %). Ein normaler Beitragssatz führt daher zu einem Einnahmeverlust für die Sozialversicherung auf der Ebene der Arbeitgeberbeiträge und gleichzeitig zu einem Gewinn an Sozialbeiträgen.

Im Jahr 2024 beläuft sich die Lohnmasse für Flexijobs auf 710 Millionen Euro, mehr als zehnmal so viel wie 2017. Der Arbeitgeber zahlt 153 Mio. € an Arbeitgeberbeiträgen (statt 136 Mio. € beim traditionellen Satz), also zusätzlich 17 Mio. €. Flexijob-Beschäftigte zahlen keine persönlichen Beiträge (anstelle von 93 Mio. €, wenn der Normalsatz fällig wäre), d. h. ein Einkommensverlust für die Sozialversicherung in Höhe von 93 Mio. €. Unter Berücksichtigung der beiden Effekte ergibt sich ein Einnahmeverlust von 76 Mio. €.

Insgesamt beläuft sich der Einnahmeverlust aufgrund der reduzierten Beitragssätze der beiden Systeme auf 664 Mio. € im Jahr 2024.

Diese Elemente sind in der folgenden Grafik zusammengefasst:



Die Zahl der Beschäftigten im Studenten- und Flexijob-Bereich wächst im Zeitraum 2017-2024 aufgrund der verschiedenen Reformen, die diese Art von Verträgen begünstigt haben, erheblich. Dies deutet darauf hin, dass das Defizit bei der Sozialen Sicherheit in den nächsten Jahren zunehmen dürfte, wenn sich die Politik nicht ändert – und erst recht, wenn es Maßnahmen zur weiteren Förderung dieser Systeme gibt.

Zwischen 2017 und 2024 lag die durchschnittliche Wachstumsrate der Lohnmasse bei 10,7 % für Studentenjobs und bei 44,6 % für Flexijobs.

Tabelle 3. Wachstumsrate der Lohnmasse für Studenten- und Flexijobs

<i>In Millionen €</i>	Lohnmasse Studenten-jobs	Wachstums-rate	Durchschnittliche Wachstums-rate	Lohnmasse Flexijobs	Wachstums-rate	Durchschnittliche Wachstums-rate
2017	1 044		10,7 %	65		44,6 %
2018	1 165	12 %		122	87 %	
2019	1 261	8 %		196	60 %	
2020	1 194	-5 %		163	-17 %	
2021	1 500	26 %		251	54 %	
2022	1 737	16 %		423	68 %	
2023	2 003	15 %		570	35 %	
2024	2 069	3 %		710	25 %	

Unter der Annahme, dass sich das Wachstum der Jahre 2017-2024 über den Zeitraum 2025-2029 erweitert, wird sich das Gesamtdefizit bis 2029 voraussichtlich verdoppeln. Es ist unmöglich, die reale Wachstumsrate der Studentenarbeit oder der Flexijobs vorherzusagen, daher handelt es sich lediglich um eine Projektion mit unverändertem Verlauf. Es ist jedoch sicher, dass mit Maßnahmen wie der Umstellung auf 650 Stunden Studentenarbeit und der Verallgemeinerung von Flexijobs in allen Sektoren diese Art von Verträgen häufiger werden oder sogar traditionelle oder befristete Verträge ersetzen werden.

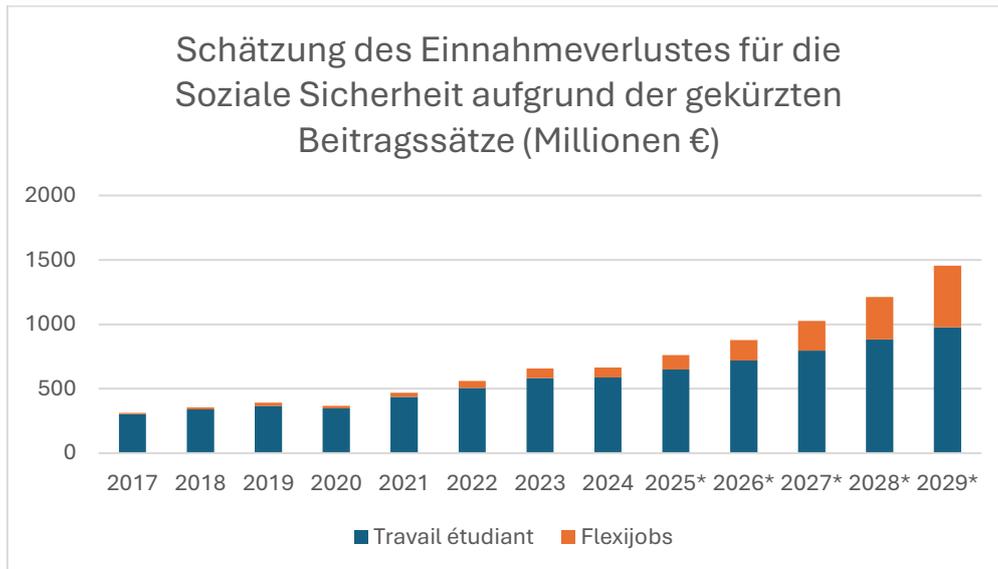
Tabelle 4: Defizitschätzung für die Soziale Sicherheit bei unverändertem Wachstum

<i>In Millionen €</i>	Studentenjobs (10,7 % Wachstum)	Flexijobs (44,6 % Wachstum)	Total
2017	304	8	312
2018	339	16	355
2019	367	25	392
2020	347	21	368
2021	436	33	469
2022	505	55	560
2023	582	74	656
2024	588	76	664
2025*	651	110	761
2026*	720	159	879

2027*	797	229	1026
2028*	882	331	1213
2029*	976	479	1455

Im Jahr 2029 würde sich bei unverändertem Verlauf der Einnahmeverlust für die Sozialversicherung bei den Studentenjobs auf 976 Mio. Euro und bei den Flexijobs auf 479 Mio. Euro belaufen. Insgesamt ergibt sich ein Verlust von fast eineinhalb Milliarden.

Diese Elemente sind in der folgenden Grafik zusammengefasst:



Diese hohen Beträge sollten mit anderen Beträgen verglichen werden, die in der Föderalregierung diskutiert werden. In den Haushaltstabellen wird angegeben, dass die Politik der Aktivierung von Langzeitkranken im Jahr 2029 voraussichtlich 485 Mio. Euro einbringen wird. Die Rentenreform wird mit 2,4 Milliarden Euro veranschlagt. Der Einnahmeverlust durch reduzierte Beiträge für Studentenjobs stellt daher die Hälfte der Anstrengungen dar, die den langzeitkranken Menschen und künftigen Rentner abverlangt werden.